



Erschienen in: Otto, Hans-Uwe | Oelkers, Jürgen (Hrsg.): Zeitgemäße Bildung. Herausforderung für Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik. München 2006, S. 287-315.

Werner Thole | Peter Cloos | Tim Rietzke

»Bildungsbremse« Herkunft

Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit im Vorschulalter

1. Vorbemerkung

Die bildungsorientierte Betreuung von Kindern im vorschulischen Alter und die Frage, wie sich Familie und Beruf – insbesondere weibliche Berufskarrieren und Mutterschaft – miteinander vereinbaren lassen, genießen zur Zeit eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit. In den öffentlichen Debatten wird »Bildung fast über Nacht mit Vorschule und früher Kindheit zusammen gedacht« (Stamm 2004, S. 865). Der Beitrag schließt an die diesbezüglichen Diskussionen an und fragt danach, von welchem gesellschaftlich zu realisierenden Bedarf an außerfamilialen, bildungsorientierten Betreuungsangeboten für unter dreijährige Kinder zukünftig auszugehen ist. Die Gemengelage der gegenwärtig intensiv diskutierten sozial- und bildungspolitischen Themen stellt sich allerdings äußerst komplex und diffus dar. Die öffentliche Diskussion der zur Lösung anstehenden Fragen zeigt erstens partiell eine recht wahllose Inanspruchnahme empirischer Befunde (1) und scheint zweitens eine Diversifizierung der fachwissenschaftlichen Aufmerksamkeiten zu provozieren (2):

(1) In den öffentlichen und politischen Diskursen wird nicht jederzeit zwischen den unterschiedlichen Fragen, den zur Beantwortung dieser herangezogenen empirischen Befunden und den darüber generierten »Lösungen« nachvollziehbar und trennscharf un-

terschieden. Argumentative Schräglagen zeigen sich insbesondere in den engeren bildungspolitischen Debatten. Die Möglichkeiten und die Notwendigkeit eines Ausbaus der frühkindlichen Bildungsangebote und der Qualifizierung des hier engagierten Personals wird beispielsweise im Zuge der politischen Instrumentalisierung von Studien über die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und die Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten von Eltern – und hier insbesondere von Frauen – sowie unter Hinzuziehung der Fertilitätsrate und neuerer Erkenntnisse der Hirnforschung begründet. Positive Korrelationen zwischen den genannten Faktoren können kaum bestritten werden. Sie sind jedoch komplizierter und komplexerer Natur, als sie in allgemeinen »Wenn-dann-Beziehungen« zum Ausdruck kommen. Auch auf andere, immer wieder vorgetragene Effekte und Zusammenhänge trifft diese Anmerkung zu. So stellen beispielsweise neuere neurobiologische Erkenntnisse, wonach aufgrund einer vermehrten Synapsenbildung in den ersten drei Lebensjahren den Grundstock für schnelle Bildungsprozesse in diesem Lebensabschnitt legen, per se kein hinreichendes Argument für die Implementierung außerfamiliärer Bindungsinstitutionen dar. Den derzeitigen Erkenntnissen zufolge »unterstützen die vorliegenden neuro- und verhaltenswissenschaftlichen Forschungsergebnisse keine ausschließliche Ausrichtung auf die ersten drei Lebensjahre bei Vernachlässigung der anderen Altersgruppen« und folglich »sollten wir uns vor Behauptungen hüten, dass (...) die wichtigste Zeit, für ein reichhaltiges und anregendes Umfeld zu sorgen, die ersten Lebensjahre sind. (...) Das, was die Neurowissenschaftler sagen, sollte allerdings unsere Skepsis gegenüber dem erhöhen, was wir in Zeitungen und im Internet lesen (...) und feststellen lassen, dass sie (...) keineswegs ein revolutionäres, auf Hirnforschung basierendes Handlungsprogramm für die Kinder gewonnen haben (Bruer 2000, S. 36 f.). Auch der öffentlich immer wieder kommunizierte Zusammenhang zwischen Fertilitätsentscheidungen und Erwerbstätigkeit ist empirisch äußerst unsicher, wird aber in den Diskussionen immer wieder als valide zitiert.⁽¹⁾ Lediglich in zwei kleineren skandinavischen Studien wird ein schwach ausgeprägter Zusammenhang illustriert. Andere Studien konnten bislang einen entsprechenden Zusammenhang nicht durchgängig und deutlich ausgewiesen analysieren (vgl. Hank/Kreyenfeld/Spieß 2004, S. 230).

(2) Die gewachsene gesellschaftliche Aufmerksamkeit für bildungs- und sozialpolitische Themen befördert anscheinend auch das wissenschaftliche Interesse, sich mit entsprechenden Fragen zu beschäftigen und Lösungen zu publizieren. Sicherlich standen die hiermit verknüpften Frage- und Problemkontexte immer schon im Visier der unterschiedlichsten Disziplinen. Im Zuge der zunehmenden öffentlichen Aufmerksamkeit gegenüber bildungsbezogenen Fragen werden auch Fragen der curricularen Entwicklung nicht mehr nur in der Erziehungswissenschaft und der pädagogischen Psychologie diskutiert. Und auch die Bedingungen einer altersentsprechenden, bildungsorientierten Betreuung von Kindern bis sechs Jahren werden nicht mehr ausschließlich in den Foren der Pädagogik der Frühen Kindheit debattiert. Die Formen von Lernen, der Aneignung von Wissen und der Optimierung von Lernumfeldern beschäftigen nicht mehr nur die Sozialisati-

⁽¹⁾ Im Lichte der vorliegenden internationalen Untersuchungen hinsichtlich der Steuerungsmöglichkeiten der demographischen Entwicklung wird aufgezeigt, dass in den Ländern mit einer weit über dem bundesrepublikanischen Durchschnitt liegenden Betreuungsquote der unter dreijährigen und zwischen drei- und sechsjährigen Kinder – und hierzu zählen neben Neuseeland insbesondere die skandinavischen Länder – auch die Geburtenrate weit höher liegt als in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. BMFSFJ 2004b).

onsforschung und Entwicklungspsychologie und Fragen der gelingenden Absolvierung von Statuspassagen haben schon vor Jahren das überschaubare Milieu der geistes-, sozial- und erziehungswissenschaftlichen Diskurse verlassen. Inzwischen jedoch dokumentieren verstärkt auch betriebs- und volkswirtschaftlich inspirierte, molekulargenetische, neurophysiologische und -biologische Perspektiven ihr Interesse an sozialisations-, erziehungs- und bildungsorientierten Fragestellungen und irritieren, verändern oder stützen bisher bekannte Sichtweisen. Die zunehmende Aufmerksamkeit, die volks- und betriebswirtschaftliche Erörterungen bildungstheoretischen Fragen schenken, lassen allerdings ebenso stutzen wie die zum Teil schon gebetsmühlenartig vorgetragene Verweise auf die Ergebnisse der Hirnforschung. Hinweise auf die Hirnforschung und den darüber ausformulierten »Mythos von den ersten drei Lebensjahren« verdrängen inzwischen häufig ebenso wie ökonomische Effizienz- und Effektivitätskriterien und arbeitsmarktpolitische Überlegungen genuin fachspezifisch ausformulierte Argumente aus den sozial- und bildungspolitischen Debatten.

Erörtert werden zur Zeit eher selten Fragen nach den Risiken einer bildungsorientierten Betreuung der unter dreijährigen Kinder, der Ganztagsbildung oder der curricularen Veränderung im Vorschulbereich vor dem Hintergrund veränderter Sozialisationsbedingungen. Kaum gesicherte wissenschaftliche Beobachtungen und Annahmen sowie randständige, sekundäre Effekte, wie etwa der, dass die unzureichende Qualifizierung des Bildungsvermögens die Zukunftsfähigkeit des Industrie- und Dienstleistungsstandortes Deutschland gefährdet und schon heute jeder fünfte Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland Fachkräftemangel als einen Hauptgrund für die Nichteinstellung von neuen MitarbeiterInnen anführt (Deutscher Industrie- und Handelstag 2005, S. 4), werden in den öffentlichen, aber auch in den politischen Programmen zu Kernargumenten für die Implementierung von frühkindlichen Bildungsprogrammen. Die vermeintlichen Schwachstellen des Bildungs- und Sozialsystems und die empirischen wie theoretischen Verengungen der bundesrepublikanischen Bildungsdiskussion erfahren in den auf schnelle Veränderung der Sozial- und Bildungslandschaft orientierten politisch ausgerichteten Debatten und Programmen keine durchgängige Beobachtung oder aber sie werden lediglich über die Rationalitäten von Effektivitäts- und Effizienzkriterien gebrochen rezipiert. Die Befunde der internationalen Vergleichsstudien, insbesondere die unter dem Kürzel PISA bekannt gewordene Studie »Program for International Student Assessment« oder die Ergebnisse des internationalen mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundbildungstests TIMSS sowie die ebenfalls von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD 2004) koordinierte IGLU-Studie und die ländervergleichende Studie »Early Childhood Policy Review« zur Kinderbetreuung werden zwar häufig, aber eher beiläufig und kaum empirisch aufgeklärt zitiert.

Mit der Intention, das Sozial- und Bildungssystem zu verbessern, werden aktuell verschiedenen Vorschläge und Programme diskutiert. Zu den vielfältigen Initiativen zählt auch die Verabschiedung des Tagesbetreuungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag Ende 2004. Die Gesetzgebung wurde letztendlich durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgericht angestoßen, »dafür Sorge zu tragen, dass es den Eltern gleichermaßen möglich ist, teilweise und zeitweise auf eine eigene Erwerbstätigkeit zu Gunsten der persönlichen Betreuung ihrer Kinder zu verzichten wie auch Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden« (vgl. BMFSFJ 2004a, S. 2), um über

entsprechende, gesetzliche Rahmenvoraussetzungen die Wahrnehmung familialer Erziehungsaufgaben ohne berufliche Nachteile zu ermöglichen. Zielsetzung des Tagesbetreuungsgesetzes ist insbesondere, die Rückkehr in Berufstätigkeiten nach Phasen der Konzentration auf familiäre Erziehungstätigkeiten durch Angebote der institutionellen Kinderbetreuung zu erleichtern, das Nebeneinander der Übernahme familialer Erziehungsaufgaben und Berufstätigkeiten zu sichern und zu fördern sowie Kindern frühzeitiger als bisher Zugang zu bildungsorientierten, außerfamilialen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Die örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe werden im Rahmen der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben verpflichtet, jährlich den aktuellen Bedarf an entsprechenden Tageseinrichtungs- und Tagespflegeplätzen zu ermitteln.

Im Vorgriff auf die endgültige Verabschiedung und in Kenntnis des Referentenentwurfes, der der Gesetzgebung zugrunde lag, beauftragte die Stadt Kassel die Autoren mit der Ermittlung des Bedarfs an bildungsorientierten Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren für das Stadtgebiet Kassel insgesamt und für ausgesuchte Grundschulbezirke mittels einer Befragung von Erziehungsberechtigten von bis zu 42 Monaten alten Kindern. Grundlage der präsentierten Ergebnisse bildet eine Telefonbefragung von 714 Haushalten aus 16 von 26 Kasseler Stadtbezirken.⁽²⁾ Im Nachfolgenden werden zunächst die zentrale Ergebnisse der Studie referiert (2) und nach sozialkulturellen und milieuspezifischen Faktoren konkretisiert (3.1). Daran anknüpfend wird der Frage nachgegangen, inwieweit über familial gebundene Vorstellungen und soziale Repräsentationen die Frage der zukünftigen Nutzung von Bildungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren gesteuert wird (3.2). Abschließend sollen die Befunde herangezogen werden, um daran zu erinnern, dass die Rede über Bildung weiterhin auch an die Frage der Existenz sozialer Ungleichheiten zu knüpfen ist (4). Diese Fragestellung hat keineswegs an Relevanz eingebüßt: Trotz aller gesellschaftlichen Modernisierungen, so die über den Beitrag zu untermauernde Annahme, wird der Zugang und der Gebrauch von Bildungsressourcen im Kern weiterhin über klassenspezifische Zugänge, Verfügbarkeiten und sozialkulturelle Deutungsmuster sowie soziale Repräsentationen gesteuert.

2. Zum Profil des Bedarfes an bildungsorientierter Betreuung von Kinder unter drei Jahren

Zentrales Ergebnis der Kasseler Studie ist, dass grundsätzlich über 60 % der befragten Elternteile institutionelle Formen der Bildung, Erziehung und Betreuung ihrer unter drei-

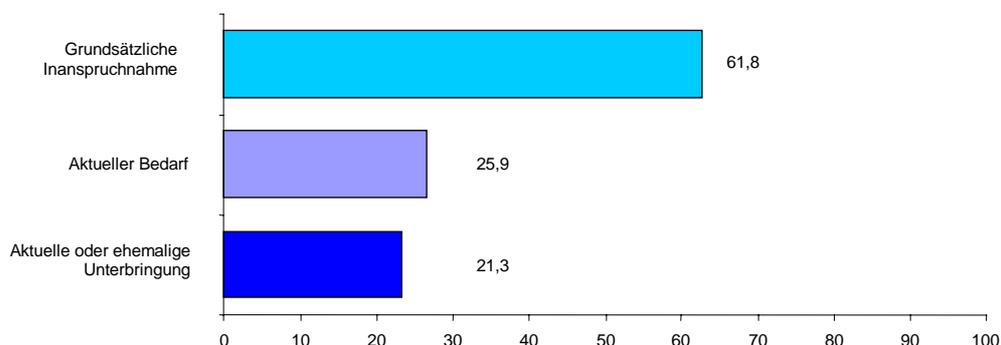
⁽²⁾ Die Befragung erfolgte mittels Telefoninterviews, weil auf diese Weise am ehesten eine umfassende, repräsentative Erfassung des Untersuchungsfeldes insgesamt zu gewährleisten war. Grundlage für die Telefonbefragung waren die Daten des Einwohnermeldeamtes zu den Erziehungsberechtigten der ausgewählten Geburtenjahrgänge zum Stichtag 31.12.2003. Die Auswahl der Schulbezirke berücksichtigte die unterschiedlichen Lebenslagen in den unterschiedlichen Stadtteilen ebenso wie regionalspezifische Faktoren. In zehn- bis fünfzehnminütigen Interviews wurde nach den statistischen Grunddaten, der Berufstätigkeit beziehungsweise dem Berufswunsch der Erziehungsberechtigten, dem Wunsch nach einer Unterbringung des Kindes und der Form der favorisierten Unterbringung, den gewünschten Unterbringungszeiten und der gewünschten Dauer der Unterbringung, inhaltlichen Optionen an die Qualität und die Formen der Unterbringung sowie der gewünschten, zu bewerkstelligenden Entfernung des Angebots zum Wohnort sowie den von den Erziehungsberechtigten zu bewältigenden Kostenrahmen gefragt (vgl. Thole/Cloos 2004).

jährigen Kinder in Anspruch nehmen würden – also unabhängig vom notwendigen finanziellen Engagement, vom zeitlichen Aufwand durch Fahr- und Wegzeiten sowie dem tatsächlichen Profil der Angebote.⁽³⁾ Dieses Ergebnis korrespondiert mit einer Infas-Befragung, nach der 60 % der Befragten einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder unter drei Jahren befürworten (vgl. taz 2004, S. 7), und einer Untersuchung des Forsa-Instituts, in der 53 % der Befragten monieren, dass zu wenige Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stehen (vgl. forsa 2005). Insgesamt liegt damit der durch die Befragten in Kassel signalisierte Bedarf wesentlich über der für die westlichen Bundesländer ermittelten Versorgungsquote von 2,7 % und auch über der für die östlichen Bundesländer dokumentierten Quote von 37 % der unter Dreijährigen in institutionellen Betreuungsformen. Einen aktuellen und unmittelbaren Bedarf an einer institutionalisierten und bildungsorientierten Betreuung ihrer unter dreijährigen Kinder artikulieren hier knapp ein Viertel der interviewten Elternteile. Darüber hinaus beantworteten über 20 % der Befragten die Frage »Ist eins Ihrer Kinder unter drei Jahren zurzeit außerhalb der Familie, also bei einer Tagesmutter, in einer Krippe, Krabbelgruppe oder Kindertageseinrichtung, untergebracht oder untergebracht gewesen« mit ja. Der hier ermittelte Wert ist überraschend hoch und korrespondiert nicht mit anderen Studien, wonach Haushalte bezahlte Betreuung ihrer unter dreijährigen Kinder lediglich in einem Umfang weit unter fünf Prozent in Anspruch nehmen (vgl. Tietze/Rosbach 1991; Hank/Kreyenfeld/Spieß 2004).

Hinsichtlich des zeitlichen Beginns der bildungsorientierten Betreuung artikulieren die meisten der Befragten recht klare Vorstellungen. Über 50 % der Eltern und Elternteile würden ungefähr ab dem 18. Lebensmonat ihres Kindes eine institutionelle Unterbringung begrüßen – konkret: Knapp 10 % der Eltern könnten sich vorstellen, eine Betreuung ihrer unter dreijährigen Kinder ab einem Alter von unter sechs Monaten zu nutzen, gut 27 % geben an, Betreuungsangebote im Alter von sieben bis zwölf Monaten, knapp 26 % im Alter zwischen dem dreizehnten und achtzehnten Lebensmonat und 34 % ab einem Alter zwischen dem neunzehnten und vierundzwanzigsten Monat nutzen zu wollen.

⁽³⁾ Gemeint ist hier die Betreuung in unterschiedlichsten Betreuungsangeboten von Kindertageseinrichtungen, in Krabbelgruppe und bei Tagesmüttern einschließlich der Pflegenester.

Grafik 1: Übersicht über Bedarf und aktuelle Unterbringung (in %)



Die Hälfte der befragten Personen, die an Betreuungsangeboten interessiert sind, würden diese bei der Erfüllung der Rahmenbedingungen an fünf Tagen in der Woche nutzen wollen. Dabei würden flexible, bildungsorientierte Betreuungsangebote durch pädagogisch qualifiziertes Personal in der Regel bevorzugt. Knapp über 40 % der befragten Elternteile halten ein Betreuungsangebot an bis zu drei Tagen und rund 10 % an vier Tagen in der Woche für ausreichend. An den entsprechenden Tagen favorisieren über 50 % der Befragten eine flexibel in Anspruch zu nehmende Betreuungszeit zwischen fünf und sechs Stunden. Knapp 30 % der Elternteile halten eine Betreuungszeit von bis zu vier Stunden für ausreichend. Immerhin jedoch gut 17 % würden eine ganztägige, institutionalisierte Betreuung ihrer unter dreijährigen Kinder bevorzugen. Diese Ergebnisse entsprechen auch dem Wunsch der Befragten, dass insgesamt die Betreuungsangebote flexibel angeboten werden sollten, denn immerhin 80 % würden nur dann ein Betreuungsangebot befürworten, wenn dieses flexibel wahrgenommen werden kann. Möglicherweise signalisiert schon dieser allgemeine Befund die empirisch durch andere Studien zu belegende Orientierung an flexiblen Arbeitsverhältnissen vieler Frauen, auch wenn sich diese gegenwärtig nur eingeschränkt verwirklichen lässt: Lediglich 5 % der westdeutschen Frauen mit Kindern unter drei Jahren sind erwerbstätig, jedoch immerhin schon 10 % der Frauen mit Kindern im Kindergarten- und 16 % der Frauen mit Kindern im Grundschulalter. Von den erwerbstätigen Müttern sind knapp über 40 % in flexiblen Teilzeitarbeitsfeldern tätig (vgl. Engelbrech/Jungkunst 2001). Vor dem Hintergrund, dass sich insbesondere in der letzten Dekade die Spielräume für flexible Arbeitszeitverteilungen erhöht haben – für 40 % aller Beschäftigten führen die Betriebe inzwischen ein Arbeitszeitkonto (vgl. Klenner/Pfahl/Reuyß 2003) – sollte den Ergebnissen der Kasseler Studie besondere Aufmerksamkeit zukommen (vgl. hierzu auch die Ausführungen unter 3.2).

Werden die Ergebnisse der Untersuchung mit dem derzeit tatsächlich vorzufindenden Angebot an Unterbringungsformen und den dort vorzufindenden Betreuungsplätzen konfrontiert, dann ist eine erhebliche Diskrepanz zwischen geäußertem Bedarf und derzeitigem Angebot zu beobachten. Während die Krippe in der Angebotspalette eher einen marginalen Platz einnimmt, favorisiert der Großteil der befragten Eltern (38 %) ein Betreuungsangebot in einer altersgleichen Gruppe (Krippe). Immerhin 29 % würden eine

Tagesmutter und rund 27 % eine altersgemischte Gruppe, allerdings nur 6 % eine Krabbelgruppe bevorzugen. Hingegen wird die Frage der Trägerschaft der Angebote von den Befragten relativ leidenschaftslos gesehen. 70 % der Elternteile, die Betreuungsangebote nutzen würden, ist die institutionelle Trägerschaft der Betreuungsangebote »egal«; cirka 13 % bevorzugen Angebote in kommunalen und 17 % in freien Trägerschaften. Darüber hinaus ist auf folgende Einzelbefunde hinzuweisen:

- Befragt nach den Kosten, die die Eltern und Elternteile maximal aufzuwenden gewillt sind, schwanken die Angaben erheblich. Gut 40 % der Befragten, die eine Betreuung in Anspruch nehmen würden, könnten sich vorstellen, eine Summe zwischen 100 und 200 Euro für die Betreuung ihrer Kinder monatlich aufzuwenden. Mehr als 200 Euro sind lediglich knapp 10 % bereit zu zahlen. Knapp 48 % würden lediglich bis zu 100 Euro im Monat aufwenden.
- Die bisherige Inanspruchnahme institutionalisierter Betreuungsangebote wird von den Eltern und Elternteilen sporadisch und zeitlich flexibel in einem hohen Maße durch selbstorganisierte Betreuungsformen ergänzt oder kompensiert. Die Zeitkontingente, die durch diese, im Kern lebensweltimmanenten Formen der Betreuung abgedeckt werden, sind allerdings unterschiedlich verteilt: Die regelmäßige Betreuung von Kindern unter drei Jahren durch verwandtschaftliche Netzwerke wird nur selten in Anspruch genommen – lediglich 2,8 % der Befragten geben an, dass eine Betreuung ihrer Kinder durch Verwandte mehr als fünf Mal pro Woche erfolgt. Gleichwohl kommt den selbstorganisierten Netzwerken für die Überbrückung zeitlich kürzerer Betreuungslücken eine Bedeutung zu. Über 40 % der Eltern und Elternteile nutzen verwandtschaftliche Netzwerke zwischen zwei und fünf Mal pro Woche, gut 38 % im selbigen Umfang die Unterstützung anderer Eltern und immerhin noch knapp 15 % den nichtverwandtschaftlichen Bekanntenkreis zur Schließung von Betreuungslücken in einem Umfang von zwei bis fünf Mal pro Woche. Die erhobenen Ergebnisse zur Nutzung verwandtschaftlicher und freundschaftlich-sozialer Netzwerke korrespondiert in der Tendenz mit vorliegenden Daten, wonach 32 % der Befragten auf verwandtschaftliche und 8 % auch freundschaftliche Netzwerke zur Kompensation von Betreuungslücken zurückgreifen (Spieß u. a. 2002).
- Nach Meinung der Interviewten können die privat organisierten Netzwerke institutionelle Betreuungsformen nicht vollständig ersetzen: Knapp 30 % der Befragten geben zwar an, keine Betreuungen in Anspruch nehmen zu wollen, weil die durch Verwandte und Bekannte organisierten Zeiten ausreichen.⁽⁴⁾ Über 65 % der befragten Eltern sehen institutionelle Betreuungsangebote jedoch als Entlastung an. Hierüber bekräftigt sich der grundsätzlich Wunsch und die Bereitschaft der Eltern und Elternteile nach einer Betreuung der unter dreijährigen Kinder außerhalb des familialen Zusammenhangs nachdrücklich.

Die interviewten Eltern und Elternteile wünschen ihre unter dreijährigen Kinder allerdings nicht nur »einfach« untergebracht und betreut,

⁽⁴⁾ Auf einer vierstelligen Skala konnten die Befragten beurteilen, ob die jeweilige Aussage voll zutrifft, eher zutrifft, eher nicht oder nicht zutrifft. Für die hier vorgestellten Ergebnisse wurden zur besseren Lesbarkeit die Aussagen »trifft zu« und »trifft eher zu« zusammengerechnet. Aus selbigen Grund wird nicht berücksichtigt, dass sich die Grundgesamtheit bei den einzelnen Fragen minimal unterscheidet.

- knapp über 50 % der Befragten sehen durch institutionelle Betreuung die Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder verbessert,
- weit über zwei Drittel der Interviewten sehen das Sozialverhalten und die Entwicklung von Selbstständigkeit sowie die Integration in nachfolgende Kindertageseinrichtungen der unter dreijährigen Kinder durch eine Erweiterung der institutionellen Betreuungsangebote gefördert
- und zwei Drittel der befragten Eltern und Elternteile wünschen eine Betreuung – auch wenn sie diese nicht nutzen sollten – nur, wenn das Betreuungspersonal auf eine fachlich ausgewiesene pädagogische Qualifikation verweisen kann.

Den betroffenen Eltern geht es demnach nicht nur um mehr eigene Selbstständigkeit – mehr als zwei Drittel der Befragten geben an, durch die Betreuung der Kinder unter drei Jahren mehr Unabhängigkeit zu gewinnen –, sondern auch und wesentlich um eine Erweiterung der Bildungs- und Förderungsmöglichkeiten der Kinder.

Aktuell sähen gut 45 % der Eltern und Elternteile von unter dreijährigen Kindern, wenn der Kasseler Untersuchung gefolgt wird, bei einem entsprechenden Angebot und bei Erfüllung entsprechender Rahmenbedingungen ihre Kinder gerne auch außerhalb der Familie bildungsorientiert betreut. Die erhobenen Befunde dokumentieren allerdings auch bei einem Teil der Befragten eine anhaltende, klar artikulierte Skepsis gegenüber Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren. Obwohl immerhin knapp 62 % der befragten Eltern grundsätzlich eine Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Anspruch nehmen würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, geben knapp 52 % an, dass die Aussage »ich würde mein Kind unter drei Jahren nicht in eine Betreuung geben, weil ich möglichst viel Zeit mit meinem Kind bis zum Kindergarten verbringen will« voll oder eher zutrifft. Knapp 46 % meinen, die Aussage, dass unter dreijährige Kinder nicht außerhalb der Familie untergebracht werden sollten, weil sie der familiären Zuneigung bedürfen, träfe voll oder eher zu, auch wenn sie gleichzeitig zu großen Teilen feststellen, dass die außerfamiliäre Betreuung von Kindern unter drei Jahren Selbstständigkeit und das Sozialverhalten ihres Kindes fördert sowie den Übergang in den Kindergarten erleichtert. Diese widersprüchlichen Befunde deuten darauf hin, dass die befragten Eltern einerseits durchaus die Qualität und Bedeutung einer institutionellen Betreuung von Kindern unter drei Jahren anerkennen, jedoch gleichzeitig unsicher sind, ob diese Betreuung auch den kindlichen Bedürfnissen nach familiärer Nähe gerecht werden kann. Die sich hierüber artikulierenden grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber einer außerfamiliären Betreuung von jüngeren Kindern findet sich auch in anderen Befragungen dokumentiert. Etwa zwei Drittel stimmen so der Aussage »ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist« zu (vgl. Kreyenfeld 2003). Unsicherheiten gegenüber institutionellen Betreuungsangeboten sind auch in der Gruppe der Befragten anzutreffen, die einen Betreuungsplatz aktuell nutzen oder in Anspruch nehmen wollen, beziehungsweise diesen vor nicht allzu langer Zeit in Anspruch genommen haben. Immerhin 21 % der Befragten aus dieser Gruppe stimmen dem Votum »Kinder sollten nicht außerhalb der Familie untergebracht werden, weil diese der familiären Zuneigung bedürfen« zu. Insgesamt kann also davon ausgegangen werden, dass von einem eher kleinen Teil der Eltern durchaus widersprüchliche Haltungen gegenüber der institutionellen Betreuung von Kindern unter drei Jahren vorgetragen werden.

3. Bildungsorientierter Betreuungsbedarf im Spiegel milieu- und soziokultureller Faktoren

3.1 Streuung der Befunde in ausgewählten Stadtteilen

Schon ein erster, flüchtiger Blick signalisiert eine deutliche, stadtteilspezifische Schneidung der Stimmen für oder gegen eine Betreuung von Kindern unter drei Jahren – mit anderen Worten: Die erhobenen Daten zur aktuellen Betreuung und außerfamilialen Unterbringung der unter dreijährigen Kinder sowie zum gegenwärtigen Bedarf an Betreuungsangeboten für diese Altersgruppe variieren stadtteil- und lebenslagenbezogen deutlich. Die befragten Elternteile in den tendenziell bürgerlichen und bildungsorientierten Grundschulbezirken – Stadtteilen ohne besonders ausgewiesene Belastungsfaktoren – artikulieren einen deutlich über den für das Stadtgebiet insgesamt ermittelten Bedarf an bildungsorientierten Betreuungsplätzen. Zu erkennen ist ebenfalls ein über den Gesamtdurchschnitt liegender Betreuungsbedarf in Grundschulbezirken und Regionen mit einer altersmäßig relativ jungen Bevölkerung.

Demgegenüber werden in Grundschulbezirken der Stadtteile und Territorien des Arbeiter- und unteren Angestelltenmilieus – insbesondere jedoch in problembelasteten Stadtteilen respektive in den Stadtteilen mit einem hohen Migrationsanteil – von den befragten Elternteilen Unterbringungsquoten sowie aktuelle Bedarfe artikuliert und gewünscht, die die ermittelte durchschnittliche Versorgungsbedarfsquote deutlich unterschreiten. Die Bedarfsquote liegt in den entsprechenden Bezirken teilweise bei weit unter 30 %. Markant ist darüber hinaus, dass in Schulbezirken respektive Stadtteilen, in denen auf Basis der erhobenen Daten ein über dem Stadtdurchschnitt liegender Betreuungsbedarf ermittelt werden konnte, der prozentuale Anteil von SozialhilfeempfängerInnen um bis zu über 20 % und die Arbeitslosenquote ebenfalls signifikant niedriger liegen als in den Befragungsregionen, in denen die befragten Eltern und Elternteile nur einen geringen Betreuungsbedarf artikulieren. Ausgewiesen sind in den entsprechenden Schulbezirken zudem geringere Stimmen für Items, die den bildungsorientierten Betreuungsangeboten positive soziale, integrative und kognitive Entwicklungseffekte zuschreiben.

Eine erste, strukturbezogene Querbetrachtung der Daten legt nahe, den gewünschten Bedarf nach bildungsorientierte Betreuungsangebote in Bezirken und Stadtteilen mit einem geringen Anteil an SozialhilfeempfängerInnen und einem geringen Anteil von BewohnerInnen mit Migrationshintergrund deutlich höher anzusetzen als in Stadtteilen mit einem über den Durchschnitt liegendem Anteil von SozialhilfeempfängerInnen und BewohnerInnen mit Migrationhintergrund. Diese sozialpolitische Strategie könnte auch durch vorliegende Ergebnisse zur Besuchsquote von Kindergärten bekräftigt werden, gilt doch als erwiesen, dass diese in sozial und wirtschaftlich »benachteiligten« Stadtteilen deutlich geringer ausfällt als in »durchschnittlichen« und »bevorzugten« Regionen.

Tab. 1: Sozial- und Arbeitslosenquoten in ausgewählten Stadtteilen im Vergleich zum grundsätzlichen Wunsch nach Betreuung

Arbeitslosenquote		Sozialhilfequote			Betreuungsangebote grundsätzlich erwünscht		
In % ⁴	Rang ²	Stadtteile	Rang ²	In % ³	Rang ²	In %	Schulbezirke ¹
24,9	1	Kassel Nord	1	23,5	1	20,0	Carl-Anton-Henschel-Schule
23,7	3	Rothenditmold	2	22,1	2	26,5	Valentin-Traudt-Schule
24,9	1	Wesertor	3	19,1	4	48,6	Fasanenschule
22,7	4	Unterneustadt	4	18,7	5	75,0	Unterneustädter Schule
18,4	5	Oberzwehren	5	17,8	3	46,8	Fuldaschule
9,4	4	Kirchditmold	5	6,6	4	66,7	Schule Kirchditmold
12,1	5	Kassel West	4	5,5	1	83,0	Herkuleschule
7,6	3	Harleshausen	2	3,9	4	66,7	Schule Harleshausen
7,4	2	Bad Wilhelmshöhe	2	3,9	2	76,7	Schule am Heideweg
6,1	1	Brasselberg	1	3,3	2	76,7	Schule am Heideweg

- 1 Die Schulbezirke sind mit den Stadtteilen nicht vollständig identisch. Gleichwohl wird an dem Vergleich deutlich, dass in den Regionen und Territorien mit einer höheren Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote zugleich auch der Bedarf an Betreuungsangeboten deutlich geringer ist als in Bezirken mit geringeren Sozialhilfe- und Arbeitslosenquoten. Eine Ausnahme bildet das Stadtgebiet Unterneustadt. Die Abweichung hier scheint das Resultat des Zuzugs jüngerer, bildungsorientierter Familien zu sein.
- 2 Die oberen fünf Rangplätze notieren die erhobenen Schulbezirke mit den höchsten, die unteren Rangplätze die mit den niedrigsten Sozialhilfe- und Arbeitslosenquoten.
- 3 Die Sozialhilfequote für das gesamte Stadtgebiet Kassels betrug zum Stichtag Februar 2003 10,5 %.
- 4 Die Arbeitslosenquote für das Kasseler Stadtgebiet betrug zum Zeitpunkt der Erhebung 14,3 %.

Die Nicht-BesucherInnen von Kindergärten kommen in weitaus größerer Zahl aus »benachteiligten« Regionen. Kinder aus Familien mit einem »niedrigen« sozialen Status besuchen in geringerem Umfang einen Kindergarten als Kinder aus Familien der »oberen« Stausebene – knapp 70 % der Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, kommen aus familialen Kontexten mit einem »niedrigen« sozialen Status (Blanke/Arlt 2005, S. 9; vgl. auch Arlt/Blanke/Joos 2005). Die gelebte Familienform, so wird zudem hervorgehoben, steuert den Besuch beziehungsweise den Nicht-Besuch allerdings eben so wenig wie – im Gegensatz zu den Ergebnissen der Kasseler Studie – ein eventuell vorliegender familialer Migrationshintergrund.

3.2 Bedarf an institutionellen Bildungsbetreuungsangeboten nach sozialen Faktoren

Der sich in den Analysen nach Stadtteilen beziehungsweise Grundschulbezirken andeutende Befund kann natürlich Resultat eines Artefakts sein. Zur Überprüfung wurden sozialgruppenbezogene Auswertungen der Daten mit dem Ergebnis vorgenommen, dass sich deutliche Differenzen zwischen den ausgewählten Untersuchungspopulationen zeigen (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Versorgungsbedarfsquote – Bedarf und/oder Platz vorhanden – nach unterschiedlichen Befragtengruppen

	N	Ja in %	Nein in %	Unentschlossen in %
Familien/Eltern und Elternteile ...				
... mit deutscher Staatsbürgerschaft	608	48,2	48,4	3,5
... ohne deutsche Staatsbürgerschaft	100	28,0	65,0	7,0
... Leben von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe	42	28,6	59,5	11,9
... ohne Arbeit	78	28,2	61,5	10,3
... männlicher Partner vorhanden	658	43,8	52,4	3,8
... kein männlicher Partner vorhanden	50	66,0	28,0	6,0
... Frau berufstätig	238	64,3	34,0	1,7
... Frau nicht berufstätig	465	35,9	58,9	5,2
... Frau plant Berufstätigkeit	289	42,9	50,5	6,6
... Frau plant keine Berufstätigkeit	177	23,7	73,4	2,8
... Nettoeinkommen monatlich bis zu 1.100 Euro	83	47,0	48,2	4,8
... Nettoeinkommen monatlich 1.100 bis 2.400 Euro	313	41,5	52,7	5,8
... Nettoeinkommen monatlich 2.400 bis 4.200 Euro	139	55,4	43,9	0,7
... Nettoeinkommen monatlich über 4.200 Euro	31	67,7	32,3	-,-
Befragte insgesamt	708	45,3	50,7	4,0

Haushalte mit einer hohen Berufsaspiration – insbesondere sind es nach wie vor Frauen, die auf Grund der Realisation eines Kinderwunsches ihre Berufstätigkeit einschränken oder aufgeben, die angeben, in den Beruf zurückkehren oder ihre Berufstätigkeit gerne ausbauen zu wollen – artikulieren einen deutlich höheren Bedarf an Unterstützung bei der bildungsorientierten Versorgung ihrer unter dreijährigen Kinder. Wenig überraschend geben 64 % alle Haushalte mit berufstätigen Frauen an, Bedarf an einer außerfamilialen Betreuung zu haben. Betrachtet man zudem die Versorgungsbedarfsquote bei Haushalten mit Frauen, die angeben, eine Berufstätigkeit zu planen, so ist zu erkennen, dass diese mit knapp 43 % nicht nur ungefähr im Durchschnitt aller Befragten liegt, sondern auch deutlich ausgeprägter ist als die der nicht berufstätigen Frauen und der Frauen, die gegenwärtig nicht berufstätig sind und auch keine Berufstätigkeit planen (vgl. Tab. 2).⁽⁵⁾ Die Voten der Kasseler Studie deuten zwar auf die strukturellen Mängel des derzeitigen Systems der bildungsorientierten Betreuung von Kindern unter drei Jahren hin, enthalten zunächst einmal aber keine Aussagen über den Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Erwerbsverhalten von Frauen. Im Kontrast zu einigen amerikanischen Studien, die einen Zusammenhang nicht erkennen lassen (vgl. Hank/Kreyenfeld/Spieß 2004, S. 228), dokumentieren Datenanalysen für die Bundesrepublik Deutschland den in den öffentlichen Debatten zu-

⁽⁵⁾ Der Befund enthält eine prekäre Färbung. Erhalten Frauen, die den Wunsch äußern, nach einer Phase der Konzentration auf Kinder ihr berufliches Engagements auszudehnen oder neu zu aktivieren, auf Grund der Entwicklungen des Arbeitsmarktes hierzu keine Chance, wird sich der ermittelte Betreuungsbedarf möglicherweise ebenso dezimieren wie in dem Fall, dass der aufzubringende Kostenanteil für eine außerfamiliale, bildungsorientierte Betreuung der unter dreijährigen Kinder aus Perspektive der Eltern und Elternteile zu hoch angesetzt ist. Mit anderen Worten: Arbeitsmarktpolitische Entwicklungen und Entscheidungen werden im Duett mit der Ausgestaltung der sozialpolitischen Rahmenbedingungen der bildungsorientierten Betreuungsangebote letztendlich die reale Umsetzung des jeweils erhobenen Bedarfs entscheidend steuern und beeinflussen.

meist unterstellten positiven Effekt von Ganztagesbetreuungsangeboten auf das Erwerbsverhalten von Frauen mit Kindern zwar nicht generell, so doch zumindest tendenziell (vgl. Spieß/Büchel 2003). Im Gegensatz zu solchen soliden Betrachtungen bleibt die Realisierungschance euphorische Prognosen wie die des Bundesverbandes Deutscher Industrie, wonach bessere Betreuungsformen 220 000 neue Jobs bringen, bisher ohne Beleg (vgl. Siems 2005, S. 12).

Tab. 3: Bewertung außerfamiliärer Betreuung nach Berufstätigkeit und geplanter Berufstätigkeit der Frau in den befragten Haushalten

	Befragte insgesamt N = 714 Trifft zu in %	Frau berufstätig N = 238 Trifft zu in %	Frau nicht berufstätig N = 465 Trifft zu in %	Frau plant Berufstätigkeit N = 289 Trifft zu in %	Frau plant keine Berufstätigkeit N = 177 Trifft zu in %
Ich würde mein Kind unter 3 Jahren nicht in eine Betreuung geben, weil ich möglichst viel Zeit mit meinem Kind bis zum Kindergarten verbringen will	49,8	36,6	57,4	51,6	67,8
Ich habe genug Möglichkeiten, mein Kind/meine Kinder unter 3 Jahren durch Verwandte und Bekannte betreuen zu lassen und benötige deshalb keine außerfamiliäre Betreuung	28,9	30,7	28,6	26,6	32,2
Unter 3-jährige Kinder sollten nicht außerhalb der Familie untergebracht werden, weil sie der familialen Zuneigung bedürfen	44,0	29,4	52,5	47,1	61,6
Außerfamiliäre Betreuung meines Kindes/meiner Kinder unter 3 Jahren ermöglicht meinem Kind/meinen Kindern bessere Bildungschancen	47,8	57,5	43,9	47,1	37,8
Außerfamiliäre Betreuung meines Kindes/meiner Kinder unter 3 Jahren fördert das Sozialverhalten meines Kindes/meiner Kinder	77,0	84,9	74,2	78,9	66,1
Außerfamiliäre Betreuung meines Kindes/meiner Kinder unter 3 Jahren fördert die Entwicklung von Selbständigkeit meines Kindes/meiner Kinder	73,5	82,3	72,7	74,4	63,2

58% der Haushalte mit berufstätigen Frauen und 47 % der befragten Familien mit Frauen, die die Aufnahme einer Berufstätigkeit planen, legen auf die Bildungsorientierung der Betreuungsangebote mehr Wert als die Haushalte mit nicht berufsorientierten oder berufstätigen Frauen. Lediglich 37 % aller Haushalte mit berufstätigen Frauen geben an, keine Betreuungsangebote in Anspruch zu nehmen oder in Anspruch nehmen zu wollen, da sie möglichst viel Zeit mit dem Kind in der Zeit bis zum Kindergarten verbringen möchten. Bei Haushalten mit Frauen, die keinerlei Berufstätigkeit planen, liegt der Anteil derjenigen, die mit dem Kind bis zum Eintritt ins Kindergartenalter viel Zeit verbringen möchten und deswegen auf institutionelle Betreuungsangebote verzichten möchten, bei fast 68 % (vgl. Tab. 3). Ob von den Frauen, die weder berufstätig sind noch die Aufnahme einer Berufstätigkeit planen, auf eine Erwerbsorientierung verzichtet wird, weil sie eine außerfamiliäre Betreuung für unter dreijährige Kinder eher skeptisch sehen oder aber die Chancen, sich in den Arbeitsmarkt einzubinden, als gering erleben beziehungsweise wenig Erfolg versprechend eingeschätzt und sich über entsprechende Erfahrungen das jeweilige Votum motiviert, kann aufgrund der hier diskutierten Daten nicht geklärt werden. Auffallend bleibt jedoch, dass Haushalte mit berufstätigen Frauen in weit höherem Maße der Ansicht sind, dass außerfamiliäre, bildungsorientierte Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren die Bildungschancen der Kinder erhöhen sowie das Sozialverhalten und die Entwicklung der Selbständigkeit der Kinder zu fördern vermögen.

Haushalte mit Frauen jedoch, die eine entsprechende Erwerbsarbeitsorientierung nicht artikulieren, bewerten die genannten Items in einer signifikant geringen Zahl positiv.

Keine deutlich konturierten Unterschiede lassen sich hingegen hinsichtlich der Aussagevorgabe, dass genug Möglichkeiten zur Betreuung der Kinder durch Verwandte und Bekannte bestehen, finden. In den einzelnen Gruppen geben jeweils nur etwa 30 % der Befragten an, über genügend Möglichkeiten der Kinderbetreuung über private Netzwerke zu verfügen (vgl. Tab. 3).

Deutlich ausgeprägte Unterschiede illustrieren die Vergleiche zwischen den Elternteilen mit Migrationshintergrund und denjenigen, die auf eine deutsche Staatsangehörigkeit verweisen können. Die Befragten mit einem Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzen,⁽⁶⁾ nehmen gegenwärtig nicht nur im deutlich geringeren Umfang die vorhandenen Betreuungsangebote für Kinder im Vorkindergartenalter in Anspruch, sondern artikulieren auch in einem geringeren Maße den Wunsch nach einer außerfamilialen, bildungsorientierten Betreuung ihrer unter dreijährigen Kinder. Im Kontrast zur durchschnittlichen Versorgungsbedarfsquote – die, wie beschrieben bei 45 % liegt – ergibt sich bei der Sonderauswertung für die Eltern ohne deutsche Staatsangehörigkeit lediglich eine Quote von 28 % (vgl. Tab. 2). Überdies präferieren die Elternteile mit einem Migrationshintergrund zu 56 % und damit in einem ausgeprägteren Umfang das Deutungsmuster, Kinder unter drei Jahren sollten nicht außerhalb der Familie untergebracht werden, weil sie der familialen Zuneigung bedürfen. Gleichfalls votieren sie – überdurchschnittlich – zu 64 % für die Aussagevorgabe, die Zeit mit ihrem Kind/ihren Kindern bis zum Kindergarten genießen zu wollen.

Die möglicherweise über Alltagserfahrungen verifizierte Deutung, die lebensweltlichen Netzwerke in Kulturen mit Migrationshintergrund sind in sich noch konstanter und konsistenter als in Sozialräumen mit einem deutlich geringer ausgewiesenen Migrationsanteil, findet durch die vorliegenden Daten nur eingeschränkt Bestätigung. Obwohl die Befragten mit Migrationshintergrund in einem höheren Maße angeben, ausreichende Möglichkeiten der Betreuung durch Verwandte und Bekannte vorzufinden – die Voten liegen hier bei 38 % und damit etwa zehn Prozentpunkte über dem Durchschnittswert –, ist jedoch erkennbar, dass entsprechende lebensweltliche Netzwerke in auffallend geringerem Umfang von den Interviewten mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen werden. Auf Basis der vorliegenden Befunde kann davon ausgegangen werden, dass Familien mit Migrationshintergrund insgesamt durchschnittlich weiter davon entfernt sind als Eltern und Elternteile ohne Migrationserfahrungen, sich die gesellschaftlichen Angebote der Unterstützung, Bildung und sozialen Integration engagiert zu erschließen.

⁽⁶⁾ Zu beachten ist, dass hier lediglich Eltern ohne deutsche Staatsbürgerschaft abgebildet werden können. Eine Differenzierung der Befragten mit deutscher Staatsbürgerschaft nach denjenigen mit und ohne Migrationshintergrund ist aufgrund der Anlage der Studie nicht möglich.

Tab. 4: Bewertung außerfamiliärer Betreuung nach Staatsangehörigkeit, Unterstützung durch Arbeitslosengeld und/oder Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit beider Partner

	Befragte insgesamt	»Deutsche«	»Nicht deutsch«	ALG oder Sozialhilfe	Beide ohne Arbeit
	N = 714 Trifft zu in %	N = 608 Trifft zu in %	N = 100 Trifft zu in %	N = 42 Trifft zu in %	N = 78 Trifft zu in %
Ich würde mein Kind unter 3 Jahren nicht in eine Betreuung geben, weil ich möglichst viel Zeit mit meinem Kind bis zum Kindergarten verbringen will	49,8	48,1	64,0	61,9	64,1
Ich habe genug Möglichkeiten, mein Kind/meine Kinder unter 3 Jahren durch Verwandte und Bekannte betreuen zu lassen und benötige deshalb keine außerfamiliäre Betreuung	28,9	27,8	38,0	28,6	29,5
Unter 3jährige Kinder sollten nicht außerhalb der Familie untergebracht werden, weil sie der familialen Zuneigung bedürfen	44,0	42,4	56,0	59,5	58,9
Außerfamiliäre Betreuung meines Kindes/meiner Kinder unter 3 Jahren ermöglicht meinem Kind/meinen Kindern bessere Bildungschancen	47,8	49,2	52,0	45,3	55,1
Außerfamiliäre Betreuung meines Kindes/meiner Kinder unter 3 Jahren fördert das Sozialverhalten meines Kindes/meiner Kinder	77,0	80,6	60,0	66,7	68,0
Außerfamiliäre Betreuung meines Kindes/meiner Kinder unter 3 Jahren fördert die Entwicklung von Selbständigkeit meines Kindes/meiner Kinder	73,5	76,5	60,0	54,8	60,2

Andererseits wird über diesen Befund jedoch auch signalisiert, dass die gesellschaftlichen Angebote der sozialen Integration und der bildungsorientierten Betreuung und Unterstützung Eltern und Elternteile mit Migrationshintergrund gegenwärtig in einem noch nicht ausreichenden Umfang erreichen (vgl. Krüger-Potratz 2005). Zu einer vergleichbaren Feststellung raten die vorliegenden Daten der Kasseler Studie auch in Bezug auf die gesellschaftliche Fähigkeit, Eltern und Elternteile aus Stadtteilen mit einer über dem Durchschnitt liegenden Arbeitslosen- und Sozialhilfequote zu integrieren (vgl. Abschnitt 3.1). Dieser analytische Befund lässt sich über alle Stadtteile hinweg nachweisen. Die errechnete Versorgungsbedarfsquote für Familien, die von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe leben, weist mit 29 % und für Familien, in denen beide Partner arbeitslos sind, mit 28 % deutlich weit unterdurchschnittliche Werte auf (vgl. Tab. 2).

Gespiegelt wird diese Orientierung in den Bewertungen der außerfamiliären Betreuungsangebote. Familien, in denen beide Eltern oder ein Elternteil die sozialstaatliche Unterstützungsleistungen beziehen oder in denen beide Partner von Arbeitslosigkeit betroffen sind, beurteilen die positiven Adressen institutioneller Betreuungsangebote und hier insbesondere die integrativen Wirkungen außerfamiliärer Angebote weniger positiv als andere Befragtenpopulationen. Jeweils über 60 % der Befragten dieser beiden Gruppen geben an, Kinder unter drei Jahren nicht in eine außerfamiliäre Betreuung geben zu wollen, um den Kindern Gelegenheit zu geben, möglichst viel Zeit im familialen Kontext zu verbringen. Kongruente Differenzen zum durchschnittlichen Antwortverhalten finden sich auch bei den Voten bezüglich des kindlichen Bedarfes nach familialer Zuneigung (vgl. Tab. 4).

Tab. 5: Bewertung der bildungsorientierten Betreuung nach durchschnittlichem monatlichen Nettohaushaltseinkommen

	Befragte insgesamt	bis zu 1.100 Euro	1.100 bis 2.400 Euro	2.400 bis 4.200 Euro	über 4.200 Euro
	N = 714	N = 83	N = 313	N = 139	N = 31
	Trifft zu in %	Trifft zu in %	Trifft zu in %	Trifft zu in %	Trifft zu in %
Ich würde mein Kind unter 3 Jahren nicht in eine Betreuung geben, weil ich möglichst viel Zeit mit meinem Kind bis zum Kindergarten verbringen will	49,8	48,2	53,4	44,6	22,6
Ich habe genug Möglichkeiten, mein Kind/meine Kinder unter 3 Jahren durch Verwandte und Bekannte betreuen zu lassen und benötige deshalb keine außerfamiliäre Betreuung	28,9	24,1	28,7	30,2	16,1
Unter 3jährige Kinder sollten nicht außerhalb der Familie untergebracht werden, weil sie der familialen Zuneigung bedürfen	44,0	46,9	49,5	30,2	22,6
Außerfamiliäre Betreuung meines Kindes/meiner Kinder unter 3 Jahren ermöglicht meinem Kind/meinen Kindern bessere Bildungschancen	47,8	53,0	50,8	43,9	51,6
Außerfamiliäre Betreuung meines Kindes/meiner Kinder unter 3 Jahren fördert das Sozialverhalten meines Kindes/meiner Kinder	77,0	83,1	79,8	86,3	87,1
Außerfamiliäre Betreuung meines Kindes/meiner Kinder unter 3 Jahren fördert die Entwicklung von Selbständigkeit meines Kindes/meiner Kinder	73,5	72,3	74,5	81,3	90,4

Der bereits angedeutete Zusammenhang zwischen milieuspezifischen Lebenslagen und dem Bedarf beziehungsweise der Bewertung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren spiegelt sich besonders deutlich angesichts der durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen. Trotz einer ausgewiesenen Brechung⁽⁷⁾ signalisieren die Daten den Befund, dass je höher das zur Verfügung stehende monatliche Haushaltsnettoeinkommen ausfällt, desto stärker sich ein Bedarf an außerfamilialen bildungsorientierten Betreuungsangeboten für unter Dreijährige artikuliert (vgl. Tab. 2). Diese grundsätzliche Tendenz wird durch die einkommensbezogene Analyse der Einschätzungen untermauert, die die Bedeutung von Bildungsangeboten betreffen. Insbesondere die Möglichkeiten der Förderung des Sozialverhaltens und der Selbständigkeit der Kinder durch außerfamiliäre Betreuungsangebote werden von Eltern und Elternteilen mit höheren Haushaltsnettoeinkommen weitaus positiver bewertet als von denjenigen Haushalten mit geringem und mittlerem durchschnittlichen Monatseinkommen. Die Deutung, dass unter dreijährige Kinder nicht außerhalb der Familie betreut werden sollten, da sie besonders der familialen Zuneigung bedürfen, wird demgegenüber von Familien mit hohem Haushaltseinkommen sehr viel weniger häufig als zutreffend bezeichnet (vgl. Tab. 5).

Interessanterweise zeigen die Befragten aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von bis zu 1.000 Euro sowohl bei der Versorgungsbedarfsquote als auch bei der Bewertung außerfamilialer Betreuungsangebote ein eher im Durchschnitt liegendes Antwortverhalten. Auffallend ist überdies, dass in den Familien mit den höchsten Haushaltseinkommen, die Möglichkeiten der Betreuung der unter dreijährigen Kinder durch

⁽⁷⁾ Der über die befragten Eltern und Elternteile der unteren Nettoeinkommensgruppen ausgewiesene Widerspruch zu dieser Interpretation negiert sich über die schlichte Tatsache, dass sich in dieser Einkommensgruppe insbesondere auch junge Familien befinden, deren (erwachsene) Mitglieder erst am Anfang ihrer beruflichen Karriere stehen oder sich noch in der Qualifizierungsphase befinden und sich trotz ihrer materiell nicht besonders exklusiv ausgestatteten Lebenslage eher bildungsorientiert verorten.

Freunde und Verwandte am geringsten ausgeprägt sind (vgl. Tab. 5), möglicherweise wird hierüber die höhere berufliche Mobilität von Mitgliedern höherer Einkommensgruppen und eine darüber gegebene geringe Einbindung in soziale Netzwerke indiziert.

Vorentscheidungen bezüglich der familialen Bildungsstrategien, wird den Befunden vertraut, erfolgen schon weit vor dem Eintritt der Kinder in die Schule. Eltern und Elternteile mit einem Migrationshintergrund, aber auch Milieus mit geringer profilierten Bildungsbeileigungswünschen artikulieren eine größere Zurückhaltung gegenüber institutionalisierten, bildungsorientierten Betreuungsformen von Kindern als Familien höherer Einkommensklassen in denen beide Eltern den Wunsch haben, berufstätig zu sein. Bildungsorientierte, frühkindliche Betreuungsformen werden von Elternteilen, die im Arbeitslosengeld- oder Sozialhilfebezug stehen oder einen Migrationshintergrund vorweisen, nur in einem geringen Maße als Medium der sozialen Integration und des sozialen Aufstiegs interpretiert.

4. Die Herkunftsbedingtheit von bildungs- und betreuungsbezogenen sozialen Repräsentationen – zum Widerspruch zwischen subjektiv artikulierten und gesellschaftlich formierten Bedarfslagen

Die Ergebnisse der Kasseler Studie verifizieren den Befund, dass berufstätige beziehungsweise berufsbezogene Eltern oder Elternteile mit mittleren und höheren Einkommen sowie mit einer klar ausgeprägten Bildungsorientierung und einem ebenso ausgeprägten Gefühl für die Bedeutung institutionell gesteuerter sozialer Integrationsprozesse in weit größerem Umfang bildungsorientierte Betreuungsangebote für ihre unter dreijährigen Kinder nachfragen und darauf orientiert sind, entsprechende Angebote in einem höheren Maße zu nutzen, als Eltern oder Elternteile mit einem geringeren monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und einer deutlich zurückhaltenderen Berufsorientierung, insbesondere der weiblichen, erwachsenen Familienmitglieder. Mit anderen Worten: Liegt eine Erwerbsarbeitsorientierung vor, dann können sich die befragten Elternteile eine institutionelle Betreuung ihrer unter dreijährigen Kinder prinzipiell eher vorstellen als wenn eine solche nicht existiert. In der Gruppe der »SkeptikerInnen« außerfamilialer Bildungs- und Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder, also diejenigen, die tendenziell die Effekte für die Entwicklungen von Kindern durch institutionalisierte Bildungsmöglichkeiten und die über die sozialen Integrationsmedien gegebenen Möglichkeiten weniger positiv bewerten, finden sich insbesondere Elternteile, die im Sozialhilfebezug stehen, deren erwachsene Familienmitglieder verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen sind sowie in Familien mit Migrationshintergrund.

Wird den vorgetragenen Befunden gefolgt, dann werden Milieu- respektive klassenspezifische Bildungsstrategien nicht nur aufgrund der objektiven sozialen Lage im Spektrum der Klassen- und Lebenslagen, sondern auch und vielleicht nicht einmal unwesentlich durch die hierüber geprägten sozialen und kulturellen Repräsentationen, Deutungsmuster, Orientierungen und Handlungsmuster gesteuert. Allgemeiner formuliert: Die Familie nimmt noch immer, wie Matthias Grundmann (2003, S. 39) und andere unlängst nochmals empirisch begründet betonen, »eine zentrale Reproduktionsfunktion für die unteren Klassenmilieus ein«, und dies nicht erst ab dem Schulalter, sondern schon im frühen

Kindesalter. Bildungsangebote für Kinder und gesellschaftliche Unterstützungsangebote für Familien mit Kindern, die sich über den artikulierten Bedarf implementieren, sind demnach wenig geeignet, soziale Ungleichheitslagen zu kompensieren, sondern reproduzieren in einer bisher zu wenig beachteten Form soziale Ungleichheiten und Prozesse der Stabilisierung differenter Bildungsbeteiligungswünsche und darüber grundlegender Bildungsstrategien.

Die Lokalisierung und theoretische Kodierung der Zusammenhänge zwischen Bildung, Ausbildung und der Produktion respektive der Reproduktion sozialer Ungleichheiten stellt spätestens seit den 1960er Jahren eines der zentralen Themen der Soziologie und der Erziehungswissenschaft dar.⁽⁸⁾ Gleichwohl gewannen insbesondere in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten die Beleuchtung der biographischen, individuellen Seite von Sozialisationsprozessen sowie subjektbezogene Fragestellungen in empirischen Forschungsprojekten an Aufmerksamkeit, auch weil kulturelle Pluralisierungsprozesse im Kontext gesellschaftlicher Individualisierungsvorgänge, eine deutlich ausgewiesene Bildungsexpansion, und die zunehmend ausgeprägtere Partizipation von Mädchen und Frauen an dem gesellschaftlich vorgehaltenen Bildungskapital sowie ein insgesamt sich durchlässiger gestaltendes Bildungssystem für eine Auflockerung sozialer, kultureller und ethnisch geprägter Ungleichheitslagen sprechen. Zudem scheinen Schullaufbahnentscheidungen weitgehend emanzipiert vom sozio-ökonomischen Status der Eltern und dem hier verorteten Bildungskapital getroffen zu werden. Diese Wertung der gesellschaftlichen, insbesondere der sozial- und bildungspolitischen Modernisierung lässt zuweilen allerdings in Vergessenheit geraten, dass das »bildungspolitische Postulat der Gleichheit der Bildungschancen (...) bis heute mehr Programm bleibt, als dass es in der Praxis verwirklicht worden wäre« (Büchner 2003, S. 6; vgl. auch Böttcher/Klemm 2000). So lässt sich vielmehr attestieren, dass

- nach wie vor die allgemeinen Formen und Praxen der Bildungsaspiration sich herkunftsabhängig beziehungsweise über die gewählten Familienformen regeln, wenn auch nicht zu übersehen ist, dass sich die lebenslagen- und milieuspezifischen Differenzen im Bildungsverhalten in den letzten drei Jahrzehnten verringerten (vgl. Schimpl-Niemanns 2000; Schlemmer 2004),
- schulische Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg milieu- und herkunftsbedingte Prägungen zeigen und diese sich im Verlauf des Weges durch die Schule biographisch ausdifferenzieren und verschärfen (vgl. Rolff 1997) sowie sich spätestens beim Einstieg in den Beruf sozial und herkunftsbedingt Vorteile für diejenigen dokumentiert finden, die in familialen Kontexten mit hohen Bildungsressourcen respektive in gesellschaftlich anerkannteren Milieus aufwachsen,
- Übergangentscheidungen, genereller formuliert, insbesondere von dem Primar- in den Sekundarbereich über das soziale Herkunftsmilieu gesteuert werden, Schullauf-

⁽⁸⁾ Schon zu Beginn der 1960er Jahre verwies der Heidelberger Religionsphilosoph Georg Picht auf der Basis einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf die allgemeine Bildungskrise. Lediglich 4,8 % eines jeden Altersjahrganges bestanden, so hob er hervor, in den 50er Jahren das Abitur. Insgesamt wurde das allgemeine Bildungsniveau als zu niedrig beurteilt und das Profil und die Struktur des Schulsystems als zu selektiv begutachtet (vgl. Picht 1964). Für die Dekade von Anfang der 60er Jahre bis 1970 errechnet die OECD-Studie für die damalige Bundesrepublik eine Steigerung der Abitursquote von vier Prozent, von 51.400 auf 53.300 SchülerInnen. Für den gleichen Zeitraum konnte eine Steigerung in vergleichbaren Ländern von über 100 % prognostiziert werden. Von einer allgemeinen Bildungskatastrophe ist erst wieder seit Vorlage der jüngsten OECD Studien die Rede.

- bahnempfehlungen herkunftsmilieuabhängig erfolgen und Eltern aus Milieus mit einer niedrigeren gegenüber denen mit einer hohen Bildungsaspiration häufiger zu ungünstigen langfristiger Bildungskarrieren votieren,
- der oftmals beschriebenen Fahrstuhleffekt, wonach die durchschnittlich höhere Bildungsbeteiligung alle einige Etagen höher gebracht hat, die schlichte Tatsache ignoriert, dass die Abstände zwischen den Stockwerken nicht kleiner geworden sind (vgl. Büchner 2003, S. 16),
 - zwar die Figur vom »katholischen Arbeitermädchen vom Lande« als Beschreibungsfolie für soziale Distinktionen an Stimmigkeit verliert, regionale und geschlechterspezifische Disparitäten für Schullaufbahnpräferenzen an Bedeutung verlieren, hierüber aber nicht auf die Auflösung sozialer Bildungsungleichheiten geschlossen werden kann, zumal die zitierte Figur durch die des »türkischen Großstadtmädchen der dritten Migrationsgeneration« abgelöst wurde und soziale Schließungsprozesse gegenwärtig insbesondere gegenüber Familien mit Migrationshintergrund auszumachen sind,
 - insbesondere sekundäre Effekte der über die Herkunftsmilieus präformierten Bildungsabsichten und -wege zu beobachten sind, weil Bildungszertifikate von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in ihrem Nutzen unterschiedlich bewertet und auch different gesellschaftlich anerkannt werden und hierüber nachdrücklich indiziert wird,
 - eine ungleiche Aspiration an den gesellschaftlichen Bildungsressourcen nicht nur Ungleichheitslagen reproduziert, sondern im Zuge des Bedeutungsgewinns von Wissen auch deutlich konturierte Milieus von »Bildungsarmut« hervorbringt und bildungsrelevante Kompetenzen mit den Anerkennungsbeziehungen in Gleichaltrigengruppen korrespondieren (vgl. Grundmann u. a. 2003).

Die Kasseler Studie und die hier cursorisch mitgeteilten Befunde aus der Ungleichheitsforschung fundieren die theoretische Beobachtung empirisch, dass die Herkunftsfamilie – trotz historisch sich verändernder Bildungschancen und -barrieren (vgl. Büchner 2003; Schlüter 1999; Baumert u. a. 2001) – eine zentrale Variable für die Öffnung oder Schließung von Bildungs- und Qualifikationskarrieren bleibt. Der Zusammenhang zwischen Schicht- und Milieuzugehörigkeit, sozialer Lage, den sozialen Kapitalressourcen und sozial-kulturellen Orientierungen sowie den Formen des Kompetenzerwerbs ist über die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte nicht eliminiert worden. Nach wie vor sind beispielsweise die Chancen eines Jugendlichen aus einem Facharbeiterhaushalt, eine gymnasiale Schulform zu besuchen, sieben Mal schlechter als die von Kindern und Jugendlichen aus dem Milieu der oberen Dienstleistungsberufe (vgl. Baumert u. a. 2003, S. 50). Schlichte Prozesse der sozialen Zuschreibung von Kompetenzen durch die beurteilenden PädagogInnen scheinen hierfür ebenso verantwortlich zu sein wie unterschiedliche subjektiv kognitive und sozialkulturelle Kompetenzen als Resultat von unterschiedlichen Lebenslagen und den darüber ausbuchstabilten Sozialisationskontexten.

Die Kasseler Studie deutet darüber hinausgehend auf die Distinktionsmacht sozialer Wahrnehmungen und Präsentationen hin. Die über divergente Lebenslagen präformierenden sozialen Distinktionen des gesellschaftlichen Raumes scheinen sich in den Perspektiven auf und Deutungen von Wirklichkeit zu spiegeln. Die individuellen Bedarfslagen in Bezug auf gesellschaftlich angebotene Bildungsmöglichkeiten und die Bewertungen dieser entfalten sich zumindest nicht unabhängig von den in den familialen Kontexten entwickelten und über gesellschaftliche Erfahrungen gestützten sozialen Repräsen-

tationen und Perspektiven auf die Wirklichkeit – qualitativ-rekonstruktiv angelegte Studien könnten sicherlich zur Vertiefung dieses Befundes beitragen. Wahrnehmungs- und Deutungsstrukturen, trotz nicht zu beschreitender gesellschaftlicher Individualisierungstendenzen, repräsentieren und spiegeln immer noch weitestgehend die Platzierung der AkteurInnen in sozialen Räumen einer Gesellschaft. Die Orientierungen auf und Positionierungen zu den bildungsorientierten Betreuungsangeboten von unter dreijährigen Kindern in der vorliegenden Studie von MigrantInnen und nicht berufstätigen sowie nicht berufsorientierten Frauen belegen die Beobachtung, dass vergleichbare Stellungen im sozialen Raum ähnliche Wahrnehmungsformen, soziale Deutungen und Repräsentationen fundieren. »Die Wahrnehmungskategorien resultieren wesentlich aus der Inkorporierung der objektiven Strukturen des sozialen Raumes. Sie sind es folglich, die die Akteure dazu bringen, die soziale Welt so wie sie ist hinzunehmen (...). Distinktionen, als symbolische Transfigurationen faktischer Unterschiede (...) erwachsen aus der Anwendung von Konstruktionsschemata, die (...) zur Bewertung sozialer Phänomene verwendet werden und aus der Inkorporation der Strukturen hervorgehen, auf die sie Anwendung finden« (Bourdieu 1985, S. 17 ff.).

Das Vertrauen auf die Artikulation individueller Bedarfslagen als empirische Grundlage für sozialpolitische Planungen erweist sich damit als tendenziell janusköpfig. Zumindest in Bezug auf die institutionalisierte, bildungsorientierte Betreuung von unter dreijährigen Kindern konnte gezeigt werden, dass die sozialpolitische Absicht, soziale Ungleichheiten durch Bildung frühzeitig abzufedern und zu kompensieren, sich mittels einer an dem kommunizierten Bedarf stringent orientierenden Sozial- und Bildungsplanung nicht realisieren lässt, sondern im Kern existierende soziale Differenzen und gesellschaftliche Ausschließungen zu verfestigen droht. Politische Initiativen, die die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und die Eliminierung von sozialen Ungleichheiten nicht nur symbolisch kommunizieren, sondern an deren Verwirklichung als Wert Interesse zeigen, ist anzuraten, bildungs- und sozialpolitische Planungen über gesellschaftliche, an grundlegende Prinzipien orientierte Bedarfe zu steuern. Die Diskussion der Ergebnisse der Kasseler Untersuchung belegen dies ebenso nachdrücklich wie die Tatsache, dass eine moderne Bildungspolitik ohne eine soziale Ungleichheiten aussteuernde Sozialpolitik und darüber initiierte sozialpädagogische Angebote verantwortlich, zukunftsorientiert und nachhaltig nicht realisierbar ist (vgl. Allmendinger/Dietrich 2003; Schlemmer 2004; Thole/Cloos 2005).

Aber auch wenn politische Entscheidungsprozesse ein Umsteuern signalisieren, bleibt abzuwarten, ob sich die soziale Herkunft, belastete Lebenslagen und problematische sozial-kulturelle Milieus von vielen Kindern und Jugendlichen nicht auch weiterhin als Bildungsbremse erweisen, weil die sozialen Realitäten und die Bedingungen des Aufwachsens ihre strukturelle Formatierung auch über eine neue Sozial- und Bildungspolitik nicht verlieren. Ob sich über eine Ausweitung der bildungsorientierten Betreuungsangebote die schulische Partizipation und die Bildungsorientierung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen sozialen Milieus – insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – erhöhen lässt, die Fertilitätsrate verbessern, die sprachliche Kompetenz von Kindern mit Migrationshintergrund qualifizieren, die Erwerbsquote von Frauen mit Kindern im Vorschulalter ausbauen und auch darüber der diagnostizierte Fachkräftemangel kompensieren lässt, ist über die vorliegenden Studien

nicht zu beantworten. An den notwendigen Ausbau der institutionellen, bildungsorientierten Betreuungsangebote die Erfüllung der genannten gesellschaftlichen Defizite zu knüpfen, wird das strukturerneuernde und sozialisationsfeldverändernde Potenzial der Angebote möglicherweise jedoch überfordern. Ob und in welcher Form und mit welcher Qualität der Ausbau der institutionellen, bildungsorientierten Betreuungsangebote die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und die familiären Arrangements letztendlich verändern wird, ist empirisch solide nicht zu prognostizieren.

Literatur

- Allmendinger, J./Dietrich, H.: Vernachlässigte Potenziale? Zur Situation von Jugendlichen ohne Bildungs- und Ausbildungsabschluss, in: Berliner Zeitschrift für Soziologie, 2003, Heft 4, S. 465-476.
- Allmendinger, J.: Bildungsarmut – Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik, in: Soziale Welt, 50. Jg., 1999, S. 35-50.
- Arlt, Ch./Blanke, K./Joos, M.: Wege aus der Betreuungskrise, in: Arlt, Ch., Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen, Band 2, Wiesbaden 2005.
- Baumert, J. u. a.: Disparitäten der Bildungsbeteiligung und des Kompetenzerwerbs. Ein institutionelles und individuelles Meditationsmodell, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 6. Jg., 2003, Heft 1, S. 46-72.
- Blanke, K./Arlt, Ch.: Kinderbetreuung zwischen Institutionen und privaten Betreuungsarrangements (MS), München 2005.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend): Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung, Berlin 2004a.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend): OECD Early Childhood Policy Review. Hintergrundbericht Deutschland, München 2004b.
- Böttcher, W./Klemm, K.: Das Bildungswesen und die Reproduktion von herkunftsbedingten Benachteiligten, in: Frommelt, B. u. a. (Hrsg.), Schule im Ausgang des 20. Jahrhunderts, Weinheim, 2000, S. 11-43.
- Bourdieu, P.: Sozialer Raum und Klassen, Frankfurt a. M. 1985.
- Bruer, J.: Der Mythos der ersten drei Jahre, Weinheim und Basel 2000.
- Büchner, P.: Stichwort: Bildung und soziale Ungerechtigkeit, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 6. Jg., 2003, Heft 1, S. 5-25.
- Deutscher Industrie- und Handelstag: Zukunftsfaktor Kinderbetreuung. Ergebnisse einer Kitabefragung (MS), Berlin 2005.
- Engelbrech, G./Jungkunst, M.: Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut?, in: IAB Kurzbericht, 2001, Heft 7, S. 1-4.
- forsa: Erziehung, Bildung und Betreuung. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung junger Eltern, in: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/050316-forsa-umfrage_property=pdf.pdf; Stand: 01.06.2005.
- Grundmann, M.: Milieuspezifische Bildungsstrategien in Familie und Gleichaltrigengruppe, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 6. Jg., 2003, Heft 1, S. 25-46.
- Hank, K./Kreyenfeld, M./Spieß, C. K.: Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie, 33 Jg., 2004, Heft 3, S. 228-244.
- Kahl, R./Spiewak, M.: Nur bedingt wissenschaftlich, in: »Die Zeit«, Heft 11, 2005, S. 33.
- Klenner, C./Pfahl, S./Reuyß, St.: Flexible Arbeitszeiten aus Sicht von Eltern und Kindern, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 2003, 23. Jg., Heft 3, S. 268-285.

- Kreyenfeld, M.: Kinderbetreuung und soziale Ungleichheit, in: Becker, R./Lauterbach, W. (Hrsg.): Bildung als Privileg? Ursachen von Bildungsungleichheit aus soziologischer Sicht, Opladen 2003, S. 303-328.
- Krüger-Potratz, M.: Interkulturelle Bildung. Eine Einführung, Münster 2005.
- Masuch, M.: politische ökonomie der ausbildung, Reinbek b. Hamburg 1972.
- Picht, G.: Die deutsche Bildungskatastrophe, Freiburg i. Br. 1964.
- Rolff, H.-G.: Sozialisation und Auslese durch die Schule, Weinheim 1997.
- Schimpl-Neimanns, B.: Soziale Herkunft und Bildungsbeteiligung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 52. Jg., 2000, S. 637-669.
- Schlemmer, E. : Familienbiographien und Schulkarrieren von Kindern, Wiesbaden 2004.
- Schlüter, A.: Bildungserfolge. Eine Analyse der Wahrnehmungs- und Deutungsmuster und der Mechanismen für Mobilität in Bildungsbiographien, Opladen 1999.
- Siems, D.: Familienfreundlichkeit zahlt sich aus, in: Die Welt, 18.06.2005, S. 12.
- Spieß, C. K./Büchel, F.: Effekte der regionalen Kindergarteninfrastruktur auf das Arbeitsangebot von Müttern, in: Schmähl, W. (Hrsg.): Wechselwirkung zwischen Arbeitsmarkt und sozialer Sicherung, Band 2, Berlin 2003, S. 95-126.
- Spieß, C. K.: Kinderbetreuung in West- und Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht, 2002, Nr. 31, S. 518-524.
- Stamm, M.: Bildungsraum Vorschule, in: Zeitschrift für Pädagogik, 50. Jg., 2004, Heft 6, S. 865-881.
- taz: Bildung für Kleine »extrem wichtig«, 07.09.2004, S. 7.
- Thole, W./Cloos, P.: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kassel. u³ Bedarfsfeststellung – Auswertung, in: <http://www.uni-kassel.de/fb4/issl/mitg/thol/pdf/auswertung.pdf>; Stand 2004.
- Thole, W./Cloos, P.: Soziale Ungleichheiten und das »Projekt« Soziale Arbeit, in: Thole, W. u. a. (Hrsg.): Soziale Arbeit im öffentlichen Raum, Wiesbaden 2005, S. 37-55.
- Tietze, W./Rossbach, H.-G.: Die Betreuung von Kindern im vorschulischen Alter, in: Zeitschrift für Pädagogik, 37. Jg., 1991, Heft 4, S. 555-579.

Die Autoren

- Peter Cloos, Dr. phil., Erzieher, wissenschaftlicher Mitarbeiter in dem DFG-Projekt »Performanz in der Kinder- und Jugendarbeit« am Institut für Sozialpädagogik und Soziologie der Lebensalter am Fachbereich Sozialwesen der Universität Kassel; Arbeitsschwerpunkte: Jugendkulturen und Jugendkulturarbeit, Sozialpädagogische Professionalisierung, Jugendhilfeforschung.
- Tim Rietzke, Dipl. Pädagoge, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialpädagogik und Soziologie der Lebensalter am Fachbereich Sozialwesen der Universität Kassel; Arbeitsschwerpunkte: Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe, Kooperation von Jugendhilfe und Schule.
- Werner Thole, Prof. Dr. phil. habil., Dipl.-Pädagoge und Dipl.-Sozialpädagoge, Hochschullehrer für Jugend- und Erwachsenenbildung am Institut für Sozialpädagogik und Soziologie der Lebensalter am Fachbereich Sozialwesen der Universität Kassel; Arbeitsschwerpunkte: Theoretische, professionsbezogene und disziplinäre Fragen der Sozialpädagogik, Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, Kinder- und Jugendforschung.